

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erfcheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
befehlgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamzeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Vor-
schluß. Der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 96

Fernruf 179

Wildbad, Mittwoch, den 27. April 1921

Fernruf 179.

55. Jahrgang

Tagespiegel.

Die deutsche Note mit den Vorschlägen für die Reparation ist nunmehr veröffentlicht worden. Durch die deutschen Vorschläge kann die Enteignung festverzinslicher ausländischer Werte notwendig werden.

Der Geschäftsborderngsaussschuss des Reichstags hat die Immunität Erzbergers in seinen Sondergerichten ausgehoben. Der Reichspräsident hat den Sondergerichten das Recht der Gewährung von Strafausschub gegenüber Jugendlichen gegeben.

Die Abstimmung in Tirol hat 98,6 Proz. der abgegebenen Stimmen für den Anschluß an Deutschland ergeben.

In England stehen 44 Bergwerke unter Wasser.

Das englische Unterhaus hat den Friedensvertrag mit Ungarn genehmigt.

Der 1. Mai 1921.

Am 20. Juli 1889 hat der in Paris tagende erste Kongress der neuen Internationale beschlossen, daß künftig die Arbeiter aller Länder den 1. Mai zu einer Kundgebung für die Erreichung des achtstündigen Arbeitstags benutzen sollen. Zwei Jahre später, auf der Tagung in Paris wurde die Kundgebung ausgedehnt auf den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die militärischen Rüstungen und für den Weltfrieden. Seit drei Jahrzehnten hat die sozialistische Arbeiterschaft diesen Maiertag in allen Ländern durchgeführt, bald bescheiden, bald mit großem Aufwand, mit oder ohne Unruhen, und die nichtsozialistische Bevölkerung hatte sich unter Aufrechterhaltung ihres grundsätzlichen Widerstands, praktisch mehr oder weniger damit abgefunden. Am 15. April des Jahres 1919 aber wurde dieser Arbeiterfeiertag, dessen ursprünglicher Zweck, der Achtstundentag, inzwischen erreicht war, durch Beschluß der Nationalversammlung in Weimar zum gesetzlichen Feiertag im Deutschen Reich erhoben. „Es wird“, so lautete der von Payer (Demokrat) und Müller (Sozialist) eingebrachte und mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommene Antrag, „ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbunds und des internationalen Arbeiterschutzes gewidert ist, und für den Charakter eines Weltfeiertags erstrebt wird.“

In wenigen Tagen kehrt der erste Mai wieder. Seit Wochen heilt es davon durch die politische Welt; aber es ist kein Teil des Friedens und der Völkerverehrung, sondern des Kriegs im Frieden, der Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, und die internationale Solidarität hat dabei eine so schwache Stimme, daß sie von den ziellosen Wortkanonaden und dem Säbelraseln der Franzosen völlig überdönt wird. Was ist es mit diesem ersten Mai des Jahres 1921? Unsere Gegner aus dem großen Krieg haben uns darauf vorbereitet; sie haben den Tag gar nicht erst abgewartet, um uns mit neuen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zwang zu bedrücken. Und der erste Mai soll ihnen die Vollendung bringen. Warum wüten sie gegen uns? Angeblich deshalb, weil wir die Bedingungen des Versailles „nicht ausgeführt“ haben. Tatsächlich hat Deutschland zur Ausführung dieser Bedingungen Angeheures geleistet. Da noch dieser Tage der militärische Überwachungsausschuss des Verbands anerkannt hat, daß die Entwaffnung, die einen kritischen Punkt bildet, befriedigend vor sich geht, so bleibt als einziger ernsthafter Grund der deutschen Regierung aber angefochtener — Beschuldigung nur, daß die Leistung von 20 Milliarden Goldmark (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder anderswie) noch nicht erfüllt ist, wie sie es spätestens bis Ende April sein sollte. Daß das gute Gewissen dabei auf unserer Seite ist, dafür zeugt der Vorschlag, die Frage durch ein Schiedsgericht prüfen und entscheiden zu lassen. Wenn gleich zuletzt in London über die Höhe der Gesamtentschädigung verhandelt wurde, und wenn wir uns gewöhnlich haben, die vorher auf der Pariser Konferenz beschlossenen Forderungen anzuerkennen, so kann das nach dem Friedensvertrag selbst kein Anlaß zu irgendwelchen Strafmaßnahmen sein. „Die Beschlüsse des Wiederherstellungsausschusses“, so besagt der Artikel 233 des Vertrags, „über den Betrag der Entschädigungen werden spätestens am 1. Mai 1921 aufgestellt und

der deutschen Regierung als Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen bekanntgegeben. Bis dahin aber haben wir auf Grund des Vertrags keine Verpflichtung und nicht einmal die Möglichkeit, eine Gesamtvorgabe anzunehmen oder abzulehnen. Die Berechnung dieser Auffassung wird mittelbar gerade dadurch erwiesen, daß die Gegner selbst sich mit ihrer Drohpolitik auf den 1. Mai einrichten. Aber sie konnten diesen Tag nicht abwarten, und kein Hinweis auf die Vertragswidrigkeit des Vorgehens vermochte ihre Ungebild zu zügeln. Insbesondere haben sie sich nicht geschämt, dem Rheinland die schwersten Schädigungen aufzuerlegen, indem sie den Artikel 270, der ihnen die Einführung einer eigenen Zollordnung anheim gibt, „um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieses Gebiets zu wahren“ in sein Gegenteil verkehrten. Ebenso denken sie auch den Sinn des Feiertags vom 1. Mai zu entstellen; der Geist des Friedens soll verleugnet, die weltwirtschaftliche Interessenverflechtung mißachtet, der Verständigungswille zurückgewiesen werden.

So wollen es wenigstens die Machthaber Frankreichs.

Die zweite Note an Amerika.

Die neuen Entschädigungsvorschläge.

Berlin, 26. April.

Dem stellvertretenden amerikanischen Gesandten in Berlin ist am 24. April eine Note übergeben worden, in der sich Deutschland bereit erklärt, zum Zweck der Entschädigung eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwärtigwert anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in jährlichen Leistungen, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Deutschland will keine Zahlungsverpflichtung in nachstehender Form regeln:

Deutschland nimmt sofort eine internationale Anleihe auf. Es wird sich selbst an dieser Anleihe beteiligen. Der Ertrag der Anleihe wird den Verbündeten zur Verfügung gestellt. Den Betrag der zu bezahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und abzahlen. Deutschland hält hierfür zur Zeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage teilzunehmen zu lassen.

Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Zum gleichen Zweck ist Deutschland bereit, nach einem möglichst rein kaufmännischen Vertrag Sachleistung für die geschädigten Staaten zu übernehmen. Deutschland ist ferner bereit, der Wiederherstellungskommission alsbald den Betrag von 1 Milliarden Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen; b) 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzwechseln, die längstens innerhalb 3 Monaten in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.

Gegebenenfalls würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Verbündeten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Wiederherstellungszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird. Deutschland würde bereit sein, den Geldgebern aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

Mit der Annahme dieses Vorschlags erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Entschädigungszwecken. Auch ist das deutsche Privatvermögen im Ausland frei. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Grundlage der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert,

die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Ausgaben (Belegung, Überwachung usw. D. Schr.) entlastet wird. Deutschland verpflichtet sich, die tatsächliche Entschädigung einer internationalen Sachverständigenkommission über seine Leistungsfähigkeit als bindend anzuerkennen. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegen zu nehmen.

Neues vom Tage.

Bedauerlicher Irrtum.

Berlin, 26. April. Der Wiederherstellungsausschuss in Paris hat die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß in den Listen der ausgelieferten Handelschiffe, nach denen 4600 000 Tonnen im Güterschiffverkehr von 7 Milliarden abgerechnet werden sollen, 700 000 Tonnen zu viel angedeutet seien. Dieser Irrtum wurde deutscherseits anerkannt. Ferner seien, nach der Mitteilung der Kommission, 1800 000 Tonnen angedeutet, die von den Verbänden während des Kriegs beschlagnahmt wurden. Diese Schiffe dürfen aber nicht zu den ablieferungspflichtigen gezählt werden.

Aufhebung der Immunität Erzbergers.

Berlin, 26. April. Der Geschäftsborderngsaussschuss des Reichstags hat mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, die Immunität des Abg. Erzberger für die Strafverfolgung wegen Einkommenssteuerhinterziehung und Kapitalflucht aufzuheben.

Abschiebung der Russen.

Berlin, 26. April. Durch die Ratifizierung des russisch-polnischen Friedensvertrags ist jetzt die Reichsregierung in den Stand gesetzt, die noch in Deutschland befindlichen rund 45 000 internierten Russen in ihre Heimat zu entlassen. Der erste Transport verließ Stettin gestern Abend.

Süddeutscher Landwirtschaftskammertag.

München, 26. April. Hier traten gestern zum ersten Mal Vertreter der Landwirtschaftskammern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen zusammen. In den Beratungen wurde u. a. zur Veranlagung zur Reichs-Einkommensteuer einstimmig die Forderung beschlossen, daß es auch der Landwirtschaft gestattet sein müsse, für die während des Kriegs und der langen Zwangswirtschaft veräußerten Viehbestände und nicht ergränzten Futtermittelvorräte zu machen. Dem Steuerpflichtigen soll die Möglichkeit gegeben sein, bei der Veranlagung die verschiedenen Ergebnisse der in Betracht kommenden Wirtschaftsjahre gegeneinander auszugleichen. Die Finanzämter halten sich bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer vielfach nicht an die gesetzliche Grundlage, wonach der Ertragswert bei der Veranlagung der Grundstücke in Rechnung zu ziehen ist. Für die Abrechnung wurde ein Dauerkredit von 1908 bis 1918 geordert, ferner die während des Kriegs eingetretene Minderung der Betriebsmittel, ferner soll für die Arbeit der Frauen und Kinder ein angemessener Lohn angerechnet werden dürfen. Für Süddeutschland wird eine gewisse Einheitslichkeit der Veranlagung verlangt. Für die Ermittlung des umsatzsteuerpflichtigen Eigenverbrauchs sollen die gesetzlich berufenen Vertretungen der Landwirtschaft ausreißend achtet werden.

Gegen das Tabakmonopol.

München, 26. April. Der Verband des bayerischen Tabakgewerbes hat beim Reichstag und der Reichsregierung gegen die beabsichtigte Einführung des Tabakmonopols Widerspruch erhoben.

Kerzestreit in Oesterreich.

Wien, 26. April. Heute soll in Wien und den Bundesländern ein Streit der Kerzler als Einspruch gegen das Patenteinkaufsgesetz ausgerufen werden. Alle öffentlichen Sanitätsanstalten sind verpflichtet, keine Kerzen von Infektionskrankheiten und Verletzungen zu verwenden; auch die Totenschau soll unterbleiben.

Frankreich muß seine Besatzungsabsichten planföher machen.

Paris, 26. April. Dasas meldet aus London; Lloyd

George erklärte im Unterhaus, bei den Besprechungen in Hyde habe Ministerpräsident Briand versprochen, der englischen Regierung neue, ins Einzelne gehende Aufstellungen bezüglich der Art der französischen Pläne und Vorschläge zu übermitteln. Nach Prüfung dieser Pläne werden den Beauftragten, die das Kabinett auf der nächsten Konferenz vertreten werden, Anweisungen erteilt werden. Die Konferenz sei für 30. April einberufen worden. Sie solle darüber entscheiden, welche neue Maßnahmen zwecks Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrags ergriffen werden sollten. Wenn die neuen deutschen Vorschläge nicht befriedigend seien, werde die englische Regierung auf der nächsten Konferenz Frankreich bei seinen Vorschlägen betreffend Befestigung des Kohlengebietes von Westfalen unterstützen. (Daraus geht hervor, daß die „sachverständige“ Begründung der Gewaltmaßregeln des Marschalls Foch der englischen Regierung nicht überzeugend oder mündgerecht genug erschien. Vielleicht sind auch von amerikanischer Seite Bedenken erhoben worden.)

Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, erklärte gestern Ministerpräsident Briand nach Schluß des Ministerrats, die Verhandlungen mit Lloyd George seien die denkbar befriedigendsten gewesen.

Zu der Erklärung Lloyd Georges im Unterhaus sagt Bertinaz, Lloyd George werde sich weder von Asquith noch von Lord Robert Cecil, noch von den Arbeiterparteien einschüchtern lassen. — Sauerwein berichtet dem „Matin“, er betrachte es als sicher, daß weder der Form noch dem Inhalt nach Präsident Harding und Staatssekretär Hughes etwas unternommen werden, was den Interessen Frankreichs schaden oder auch nur seine Handlungen behindern könne. Fast die gesamte Presse der Vereinigten Staaten sei darin einig.

London, 26. April. Der belgische Minister des Aeußern, Jaspar, ist heute abend hier angekommen.

Das Reichsbankgold nach Paris.

Paris, 26. April. Die Wiederherstellungskommission hat beschlossen, die von Deutschland abgelehnte Auslieferung des Reichsbankbestandes der Reichsbank nach Mainz oder Koblenz mit der Maßgabe aufrecht zu erhalten, daß die Milliarde Gold nunmehr an die Bank von Frankreich in Paris bis 30. April abzuliefern sei.

Neue Niederlage der Griechen.

Paris, 26. April. Meldungen aus Konstantinopel zufolge haben die Griechen 125 Kilometer südlich von Smyrna eine neue schwere Niederlage erlitten. Die Türken, die von Kurden beträchtliche Verstärkungen erhalten haben, drohen ihnen den Rückzug abzuschneiden. Die türkische Regierung in Angora (Kemal Pascha) hat neue Gold- und Silbermünzen ausgegeben.

Verzögerung in der Vermittlung der deutschen Note?

Washington, 26. April. (Neuer.) Staatssekretär Hughes hatte die deutsche Note noch nicht erhalten, als er gestern abend das Amt verließ. Es wird angenommen, daß irgend eine Verzögerung in der Übermittlung eingetreten ist.

Die Friedensentschließung Knox vom Senatsauschuß angenommen.

Paris, 26. April. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Washington hat der Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten die Resolution Knox angenommen und an ihr nur leichte Änderungen vorgenommen.

Südamerika gegen den Völkerbund.

London, 26. April. Die „Times“ meldet, der argentinische Senatsauschuß habe in einer Entschließung an den Staatspräsidenten den Austritt Argentiniens aus dem Völkerbund verlangt. Nach der „Morning Post“ gab die brasilianische Regierung in der Kammer Erklärungen ab, die darauf schließen lassen, daß auch Brasilien aus dem Völkerbund auszutreten beabsichtigt.

Enteignung der ausländischen Wertpapiere.

Berlin, 26. April. Unter den Vorschlägen für die Entschädigung bzw. die Aufnahme der internationalen Anleihe hat die Reichsregierung dem Verband auch die in deutschem Privatbesitz befindlichen ausländischen Wertpapiere aller Art angeboten. Diese Werte sol-

len enteignet und zu dem Preis den Besitzern vergütet werden, der bei ihrem Verkauf nach Abzug der Unkosten erzielt wird. Oesterreichische, ungarische und russische Papiere kommen nicht in Frage.

Mäßiger Rückgang der Erwerbslosenzahl.

Berlin, 26. April. Während in anderen Jahren der Monat März eine erhebliche Verringerung der Erwerbslosenzahl gebracht hat, ist diesmal eine nennenswerte Abnahme nicht zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt 417 000 (gegen 428 600 im Februar) darunter 337 000 männliche und mehr als 80 000 weibliche. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (Zusammengehörigen) ist von 495 000 auf nur 470 000 zurückgegangen. Die Gesamtarbeitslage ist demnach sehr ungünstig und eine fühlbare Besserung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Zaufgeschäft in Hythe?

London, 26. April. „Daily Telegraph“, das Blatt Lloyd Georges, führt aus: Die britische Regierung betrachtet die Frage der 12 Milliarden Goldmark, die am 1. Mai fällig sind, als untergeordnet. Sie berechnete an sich nicht dazu, unmittelbar nach dem festgesetzten Zeitpunkt Zwangsmaßnahmen in Kraft treten zu lassen, wenn Deutschland in der Zwischenzeit ein befriedigendes Angebot auf der allgemeinen Grundlage des Pariser Abkommens gemacht habe. Loucheurs Plan einer Ueberwachung und Ausbeutung (in Westfalen) sei bei den Beratungen in Hythe fallengelassen worden. Unter dem System, das jetzt die Zustimmung finde, und das vorsehe: 1. eine Kohlensteuer, 2. eine Ausfuhrabgabe und 3. Beteiligung an dem Gewinn der organisierten Industrien, würde die jährliche Einnahme etwa 3 Milliarden Goldmark betragen. Davon seien jedoch die Besatzungskosten in Höhe von 1200 Millionen abzuziehen. — Auch die Frage eines englisch-französischen Bündnisses ist nach dem „Daily Chronicle“ erörtert worden. Frankreich sei bereit, sich der britischen Politik im nahen und mittleren Osten (Kleinasien, Palästina und Mesopotamien) „anzupassen“, auch koloniale „Neuregelungen“ wolle Frankreich zugestehen, wie z. B. die Abtretung der französischen Besitzungen in Ostindien, dagegen müsse die volle Unterstützung Frankreichs durch England am Rhein gewährt werden. Die Insel Mauritius soll wieder an Frankreich zurückfallen.

Schiffsmaschinenstreik in Amerika.

Neuhorl., 26. April. Die Maschinen der Handelsmarine haben beschlossen, am 1. Mai in den Streik zu treten. Dieser Streik würde 100 000 Heizer und anderes Maschinenpersonal in Mitleidenschaft ziehen.

Die Ueberführten abgelehnt.

Essen, 26. April. Die Abstimmung in den Gruben hat ergeben, daß die Ueberführten von den Bergarbeitern abgelehnt worden sind. Es müssen neue Verhandlungen über die Lohnforderungen eingeleitet werden.

Mißerfolg der Raubzüge.

Rom, 26. April. Aus London wird berichtet, daß die erste Woche der Anwendung der 50prozentigen Abgabe auf deutsche Waren in England ganze 21 Pfund Sterling eingebracht hat.

Reichstag.

Berlin, 26. April.

(Schluß.)

Herr Dr. Höplich (D.nat. Sp.) bedauert, daß der Außenminister nicht schon bei Beginn der Sitzung eine Erklärung über die sechsmonatige Arbeit des Ministeriums in der Wiederherstellung abgegeben hat. Das Telegramm an Harding ist eine vollendete Entwürdigung Deutschlands, die bedingungslose Kapitulation vor dem Ausland und müßte in weitesten Kreisen des deutschen Volks als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Warum sind unsere Vorschläge nicht so rechtzeitig fertiggestellt worden, daß sie bei der Zusammenkunft Briands mit Lloyd George in Hyde vorliegen konnten? Wir erheben Einspruch gegen diese verfassungswidrige Geheimnisräumerei. Welche Schritte hat die Regierung unternommen gegen die Urheber der Indiscretionen in der „Germania“, die geradezu an Landesverrat streifen? Durch die Erklärung der Regierung, sie wolle jetzt mit ihren Vorschlägen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit gehen, werde beim Verband der falsche Eindruck erweckt, das sei bisher nicht geschehen.

Außenminister Dr. Simons: Die Note der deutschen Regierung ist jetzt in Washington eingegangen. Wir schlagen vor, die Antwort der Interpellation auf morgen zu verlagern. Weiterberatung Dienstag 2 Uhr nachmittags.

Die Erklärung des Ministers Simons.

Berlin, 26. April.

Nach Erledigung einiger Anfragen wird die Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik fortgesetzt. Minister Simons verliest den Wortlaut der Note an die amerikanische Regierung und geht dann auf die Entwicklung der Entschädigungsfrage ein. Neue Verhandlungen nach London wurden durch die Entente erschwert. Aber es mußte ein Weg dafür gefunden werden. Frankreich möchte das Hauptgewicht auf die Geldzahlungen legen, wodurch natürlich der Wiederaufbau uns sehr verteuert wird. Die Pläne der freien Gewerkschaften können erst nach einer Verständigung mit den fremden Regierungen durchgeführt werden. Der zweite Plan bietet eine im Reichsfinanzministerium ausgearbeitete internationale Anleihe, die auch zugleich unseren eigenen Geldbedürfnissen abhelfen soll. Dazu mußte ich mit den Entente-Regierungen neue Verhandlungen einleiten. Eine Vermittlung neutraler Regierungen habe ich nicht nachgesucht. Was uns aus Frankreich entgegenbrachte, war nicht ermutigend. Deshalb habe ich mich während meines Schweiß-Aufenthalts auf die bekannte Unterredung (mit Sauerwein) eingelassen, um den Eindruck in Frankreich zu zerstreuen, als seien wir unwillige Jähler. Neu in der Unterredung war nur der Satz, daß ich keinem Kabinett angehören wollte, das in der Entschädigungsfrage nicht bis an die äußerste Grenze gehe. Diese Aeußerung bezog sich aber nicht auf das augenblickliche Kabinett, sondern auf ein beliebiges Kabinett der Zukunft. Der Weg über Amerika schien der beste. Eine neutrale Macht bot sich uns an, uns den Weg nach Amerika zu ebnen. Das habe ich ohne Bedenken angenommen. Was den Vertrauensbruch einer Zeitung anbelangt, der an Landesverrat grenzt, so habe ich bisher, um nicht etwa eine fremde Macht in Verlegenheit zu bringen, von einer Verfolgung der Sache Abstand genommen, werde jetzt aber entsprechende Schritte einleiten. Der Schritt bei Amerika war ungewöhnlich, aber ein Staat, der sich selbst auf den Boden des Schiedsgerichts stellt, eignet sich am besten zum Schiedsrichter. Wir haben nicht Amerika selbst angerufen, sondern die Instanz der Gerechtigkeit. Ist das eine Würbellosigkeit? (Zurufe rechts: Ja! Zurufe im Zentrum und von Unklarheit!) Die Geschichte selbst wird die Berechtigung meines Standpunktes anerkennen. Die Verantwortung war groß: das Kabinett hat sie übernommen und ich muß sie tragen. Nachdem nun Präsident Harding wohl das Schiedsgericht abgelehnt, aber sich zu einer Vermittlung bereit gefunden hat, mußte auch der zweite Schritt getan werden. Bisher sind allerdings noch keine Rückfragen von amerikanischer Seite an uns gelangt. Wir könnten der deutschen Produktion keine neuen Aufträge mehr anlegen. Sollten wir uns überdies haben, so soll die Ziffer 4 der Note für eine Berechtigungsmaßnahme Vorsehe treffen. Was wir bisher geleistet haben, soll durch ein Schiedsgericht festgestellt werden. Auf dem Boden der Pariser Forderungen ist die Genesung Europas nicht möglich. Deutschland allein kann nicht die Kriegsschulden der ganzen Welt tragen. Nur eine allgemeine internationale Wirtschaftskonferenz, die die Schwierigkeiten aus der Welt schaffen können. Sollte die amerikanische Vermittlung fehlschlagen, so wird unser Volk auch darüber hinwegkommen und auch die Sanktionen ertragen.

Die Sitzung wird vertagt. Fortsetzung Mittwoch 1 Uhr.

Württemberg.

Stuttgart, 26. April. (Auflösung einer Dehörde.) Die Abteilung für soziale Volkswohlfahrt beim Arbeitsministerium wurde aufgelöst. Die Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen fürsorge bildet nunmehr eine selbständige Landesstelle beim Arbeitsministerium.

Stuttgart, 26. April. Der Kaufmann Herr Feuchter von Badnang hat in einer hiesigen Eisenhandlung noch und nach für etwa 20 000 Mark Eisenwaren erworben, wofür er von dem Schmied Jakob Kempp in Kallental ein „Darlehen“ von 4000 Mark erhielt. Feuchter wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Kempp zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Auf der Erpreßgüterstelle in Heilbronn saß der 37 Jahre alte Eisenbahnpraktikant Max Seyfried von Nordstetten, O. A. Horb, während des Dienstes Waren im Wert von etwa 20 000 Mark. Das Schwurgericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6monatige Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes. Der Kanustatter Maimarkt (Vieh-, Schweine-, Rülfer- und Holzmarkt) findet am Dienstag, den 3. Mai, auf dem Sailerwasen statt.

Esslingen, 26. April. (Unfall.) Der Schuttbekleidungsbesitzer gehörigen, von einem Chauffeur ohne Führerschein bedienten Auto angefahren und zu Boden geworfen. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

Esslingen, 26. April. (Verkehr.) Zwischen Degerloch und Esslingen soll ein Personenkraftwagen- und Güterverkehr eingerichtet werden, weiter ein Pendelverkehr zwischen Remm und Heumaden. Zu diesem Zweck soll eine Kraftwagen-Gesellschaft gegründet werden. Der

Der Graf fühlte sich beleidigt durch diese schroffe Antwort, und Mathilde tat es bitter wehe, als sie die Wirkung ihres raschen Wortes in den jäh erblässenden Wangen des Grafen sah, der sie nunmehr schweigend an ihren Platz zurückführte und mit stummer Verbeugung von ihr schied. Sie hätte viel darum gegeben, ihren Fehler wieder gut machen zu können, allein sie hatte keine Gelegenheit mehr dazu, denn den ganzen Nachmittag war sie von jetzt ab von dem Herrn von Finkenstein und einem Schwarm junger Kameraden desselben umringt, die sich auf alle mögliche Weise um sie bemühten. Als es Zeit zur Heimkehr war, nahte sich der Herr von Finkenstein dem Grafen mit der Bitte:

„Herr Graf, würden Sie wohl die Güte haben, mir die Ehre abzutreten, Herrn Dr. Wallig und die Damen in meinem Schlitten nach Hause zu bringen? Meine Kameraden, die ich hierher brachte, würden sich geehrt fühlen, in Ihrem Schlitten die Rückfahrt zu bewerkstelligen. Ich bitte herzlich um Gewährung meiner Bitte.“

Der Graf fand die Bitte unerschämmt, unerhört, aber in seiner Bitterkeit über die schändliche Abweisung seiner Bewerbung und im Bewußtsein, wie peinlich es für sie beide wäre, wenn er wieder anderthalb Stunden an der Seite Mathildens fahren würde, sagte zu mit den Worten:

„Es ist zwar eine starke Zumutung, Herr von Finkenstein, aber ich will nicht nein sagen, da Sie darum so dringend bitten.“

„Sie sind wirklich zu gültig, Herr Graf, meinen wärmsten Dank“, und fort war der flotte Gesellschaftsleiter, Herrn Dr. Wallig die Bitte vorzutragen, mit Erlaubnis des Herrn Grafen seinen Schlitten für die Heimfahrt gültig benutzen zu wollen.

(Fortsetzung folgt.)

Viola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.

15) (Nachdruck verboten.)

Es war ein Restaurant mitten im Walde, auf einer Wiese gelegen, genannt „das Waldschlößchen“, vor dem die Esstischen hießen. Am Sommer ein sehr beliebter Ausflugsort für die Städter, die zu Fuß und Wagen in Scharen dahin pilgerten, war es im Winter selten besucht; umso mehr freuten sich die ländlichen Wirtsleute, wenn sie einmal großen Besuch erhielten.

Die Schlittenpartie war eigens angemeldet worden, und so stand der duffende Kaffee bereits auf den gedeckten Tischen des behaglich durchwärmten kleinen Restaurantsaales, welcher der Gesellschaft referiert blieb. Zunächst aber ging es an ein herzliches kurzes Begrüßen der Bekannten und an ein etwas steifes Vorstellen der sich noch Fremden, dann aber bemühten sich die jungen Herren um die jungen Damen, und es dauerte nicht lange, da war die Gesellschaft eine ziemlich bunte, insofern, als nur mehr vereinzelte die Fräulein Töchter in der Nähe ihrer Eltern saßen, sondern meist umgeben von den Herren, die heute alle ihre lapidaren Talente entfalteten. Mathilde sah zur Rechten des Grafen und zur Linken des Herrn von Finkenstein, ihnen gegenüber saß eine würdige, greise Matrone, eine ihr unbekannte Dame, die Mutter eines jungen Mannes, der als Künstler an dem kleinen Tische saß, an welchem sie, geleitet vom Grafen und sofort gefolgt vom Herrn von Finkenstein, Platz genommen hatte. Ihr Tisch war bald der lauteste von allen: denn Herr von Finkenstein hatte anscheinend sich eigens darauf vorbereitet, den lebenswürdigsten und angenehmsten Unterhalter zu spielen. Ein Witz nach dem anderen, eine Anekdote schauriger als die

andere erregte die Heiterkeit, in die namentlich die alte Dame einstimmt, welcher nur so die Tränen vor Lachen in den Augen standen. Der arme Graf kam gar nicht zu Worte, so sehr er sich auch bemühte, denn er sah das Entzücken, mit welchem Mathilde den Worten des herediten und lustigen Herrn von Finkenstein folgte, während sie ihn, den Grafen, gar nicht zu bemerken schien.

Und nach dem Kaffee arrangierte Herr von Finkenstein das Gesellschaftsspiel, dem man sich jetzt hingab, er führte die Polonaise an, die das kurze Tanzfränzchen einleitete, welches dem Spiele folgte, und natürlich engagierte er Mathilde.

Doch einen Tanz erbat und erhielt auch der Graf, und während desselben entschied sich sein Schicksal. „Fräulein“, so flüsterte er ihr unter den Klängen des Eisenwalzers zu, „ich kann's nicht länger mehr bei mir verloschen tragen. Würden Sie sich entschließen können, mein zu sein auf immer, wenn ich Sie auf den Händen trüge durchs Leben. Ihre Pfade mit Rosen und Wäldchen und der Freude bestreute, soweit sie ein Mann sehr ganz junger, aber jugendlich fühlender und im Leben geübter Mann Sie Ihnen bieten könnte?“ Mathilde, überrascht durch diese Erklärung mitten im Tanze, fand zuerst nicht das rechte Wort zur Antwort, doch endlich sagte sie:

„Herr Graf, ich ehre und achte Sie, doch ich könnte Ihnen nicht alles geben, wenn ich Ihrer Bitte nachgäbe; Sie würden mein Herz, meine Liebe — und sie ist mein einziges Gut das ich bestze — nicht mitempfangen.“

„O, mein Fräulein, Sie würden mit der Zeit mich lieben lernen. Die Ehen, nur aus stammender Liebe geschlossen, sind nicht immer die glücklichsten.“

„Aun, so warten wir diese Zeit ab“, fuhr es unbedacht, fast spottend von Mathildens Lippen, als der Herr von Finkenstein als Tanzordner in die Hände klatschte, damit das Signal zum Ende dieses Tanzes gabe.

Gemeinderat mit beschloß, das Projekt zu unterstützen. Der Fahrpreis soll pro Person und Kilometer 50 Pf. betragen.

Heilbronn, 26. April. (Versicherungsbetrug.) Vor dem hiesigen Gericht stand der Schneidermeister Schick von Redarjum und sein Gehilfe Karl Seitz wegen Versicherungsbetrugs. Im Februar d. J. brach bei Schick unter verdächtigen Umständen Feuer aus, das Kleiderstoffe beschädigte. Wenige Monate vorher hatte Schick seine Versicherung von 8000 auf 100 000 M. erhöhen lassen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage; das Gericht verurteilte Schick zu 1 Jahr, Seitz zu 8 Monaten Gefängnis und je 3 Jahren Ehrverlust, sowie 1500 M. Geldstrafe für Schick.

Frauenzimmer, 26. April. (Verhafteter Golddieb.) Die Stutzgarter Kriminalpolizei hat den 24 Jahre alten Fabrikarbeiter Leonhard Günsilius von Schmittstetten festgenommen. Er hat vor einigen Tagen bei einem Bauern in Güssenstadt 21 000 M. gestohlen. Das Geld ist bis auf einen kleinen Rest verbraucht.

Giesheim, 26. April. (Diamantenes Lehrereheub.) Oberlehrer Kaspar Fischer in naher Burgberg feiert am 1. Mai d. J. sein diamantenes Lehrereheub. Der Achtzigjährige, der tausende von Schülern unterrichtete, verbringt seinen Lebensabend in voller geistiger Frische in Burgberg, wo er an der dortigen Schule 39 Jahre wirkte.

Laupheim, 26. April. (Gute Dividende.) Die Laupheimer Werkzeugfabrik, vorm. Jos. Steiner u. Söhne, wird eine Dividende von 25 Proz. verteilen.

Neuron, 26. April. (Der neue Schlossherr.) Die Instandsetzungsarbeiten auf Schloß Werenwag sind in vollem Gange. Prinz Egon von Fürstenberg wird auf dem Schloß seinen Wohnsitz aufschlagen. Dem Prinzen wären die ganzen Erbgüter in der Tschecho-Slowakei zugefallen, wenn er die Staatsangehörigkeit erworben hätte. Der Prinz entschloß sich, diesen Schritt nicht zu machen und verzichtete damit auf die Besitzungen in der Tschecho-Slowakei.

Die Theatergemeinde.

Die Theatergemeinde des Würt. Landestheaters ist für das Spieljahr 1921-22 zustande gekommen. Rund 10 000 Mitglieder haben sich gemeldet, die sich im Verhältnis der zur Verfügung stehenden Plätze zu gleichem Teile auf die vier Plazgruppen verteilen. Fast zwei Drittel der Mitglieder haben alle 7 Vorstellungsgruppen des Auswahlplans gewählt und sich damit zum Besuch von 24-30 Vorstellungen des kommenden Spieljahres verpflichtet. Für das Landestheater bedeutet dies: 270 000 Einzelschüler oder 270 volle Häuser, d. h. die Hälfte aller Abendvorstellungen des Jahres.

Alle 7 Vorstellungsgruppen des Auswahlplans kommen in der vorgesehenen Zusammenstellung zur Ausführung und zwar wird jedes für das Große Haus bestimmte Stück 5, jedes für das Kleine Haus bestimmte 8 Aufführungen vor der Theatergemeinde erleben. Die Gemeinde bringt also auch für den künstlerischen und technischen Betrieb des Landestheaters die erhoffte Sicherheit und Vereinfachung.

Das Landestheater wird voraussichtlich täglich in einem Haus für die Theatergemeinde, im anderen für die Öffentlichkeit spielen. Bei jeder Gemeindevorstellung bleiben jedoch im Großen Haus etwa 130, im Kleinen Haus etwa 70 Plätze zu Tagespreisen zum öffentlichen Verkauf noch verfügbar. Es wird angestrebt, alle Vorstellungen so zu legen, daß die letzten Abendgäste nach allen Richtungen nach Theatersehnsucht noch erreicht werden können.

In Anbetracht der von der Geschäftsstelle der Theatergemeinde bis zur ersten Ausgabe der Eintrittskarten (Mitte August) zu leistenden Arbeit mußte die bekanntgebene Zeichnungsfrist unbedingt eingehalten werden. Daß dadurch eine erhebliche Zahl spät Entschlossener nicht mehr in die Gemeinde aufgenommen werden konnte, ist bedauerlich. Ihnen wird jedoch eine beachtliche neue Eröffnung der Einzelzeichnung im Oktober d. J. Gelegenheit geben, für die zweite Hälfte des Spieljahres (Februar-Juli 1922) an dem Unternehmen teilzunehmen. Herbert Maish.

Baden.

Karlsruhe, 26. April. Der Haushalt ausbau des Landtags stimmte dem weiteren Ausbau der Polizei zu und bewilligte für eine Polizeischule 122 100 M. Ferner wurden infolge der Dringlichkeit noch vor Einbringung des dritten Nachtrags 3 Millionen M. für die Erstellung von Beamtenwohnungen an der Englerstraße in Karlsruhe, 1 Million zur Weiterführung des Neubaus der medizinischen Klinik in Heidelberg, 150 000 M. für den Neubau eines Gebäudes der Ingenieurabteilung an der Techn. Hochschule Karlsruhe und 300 000 M. für den Neubau des Realgymnasiums in Lahr bewilligt.

Der diesjährige Deutsche Arztetag, Jahresversammlung des Deutschen Ärztevereinsbunds, wird Ende August oder Anfang September in Karlsruhe stattfinden.

In einer Landesversammlung des Bundes erblindeter Krieger wurde mitgeteilt, daß es in Baden 100 Kriegsblinde gibt. 54 derselben bedienen sich eines Führerhunds. Es wurde die Gründung einer Unterstufungsklasse beschlossen.

Am Sonntag fand hier ein Bezirks-Sängerfest des Arbeiter-Sängerbunds, Karlsruhe und Pforzheim betreffend, statt, an dem sich 45 Vereine mit 3600 Sängern beteiligten.

Pforzheim, 26. April. Ein 50jähriger Stahlgraveur erschloß sich in seinem Hause der westlichen Karl-Friedrichstraße, weil eine Klagefahndung einen für ihn ungünstigen Ausgang genommen hatte.

Pforzheim, 26. April. Der Streik der hiesigen Schneidergesellen ist beendet. Nachdem die Gehilfen etwas von ihren Forderungen abgingen, kam eine Einigung mit den Meistern zustande. Der Stundenlohn hat eine Erhöhung von 35 Pf. erfahren.

Heidelberg, 26. April. Die Regierung hat das ehemalige großherzogliche Palais am Karlsplatz der Universität und der Erbschürzer Akademie der Wissenschaften

zur Verfügung gestellt. Die Akademie, die 1918 ihre Heimat verlor, hat nun ihren Sitz in Heidelberg aufgeschlagen.

Mannheim, 26. April. Eine von einigen tausend Personen besuchte Versammlung des Bundes „Rettet die Ehre!“ im Nibelungenjahr erhub gegen die im Friedensvertrag unterzeichnete Verschuldung, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage, einmütig scharfen Widerspruch. Die Lage werde nur zu dem Zweck verbreitet, damit die Feinde ihr ungerechtes Friedensdiktat vor der Welt beschönigen können.

Weinheim, 26. April. Vom Mai ab soll hier eine neue Zeitung unter dem Titel „Weinheimer Nachrichten“ im Verlag des Buchdruckereibesizers Hugo Dießbach erscheinen. Das Blatt will politisch neutral sein.

Seelbach, 26. April. Die 23jährige Tochter eines hiesigen Landwirts und Strohmachers verlegte sich an einem im Innern ihres Schicks herandrängenden Nagel. Sie schenkte der Wundärztin keine Beachtung. Bald trat aber der Wundstarrkrampf ein, dem das Mädchen erlag.

Freiburg, 26. April. Bei der am Samstag stattgehabten ersten Immatrikulation wurden 540 Studierende, darunter 59 Frauen, neu eingeschrieben, und zwar 12 Theologen, 234 Juristen, 173 Mediziner und 59 Studierende der philosophischen und 62 der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät.

Triibingen, 26. April. Ein 16jähriges Mädchen war beauftragt worden, das 4jährige Kind einer Frau zu beaufsichtigen. Infolge der Unachtsamkeit des Mädchens fiel aber das Kind in einenuber mit heißem Wasser und verbrühte sich tödlich. Das Schöffengericht verurteilte das Mädchen wegen fahrlässiger Tötung zu 2 Tagen Gefängnis.

Villingen, 26. April. Die hiesige Glodengießerei Benjamen Grüniger Söhne hatte letzter Tage einen denkwürdigen Tag. Seit dem 350jährigen Bestehen des Geschäfts ist der größte Guß vorgenommen worden. Es wurden 14 Gloden mit einem Gewicht von 210 Zentnern auf einmal gegossen. Im Schmelzofen befanden sich 260 Zentner Metall. Der Guß ist glücklich gelungen und gut verlaufen.

Singen a. S., 26. April. „Der Volkswille“ berichtet, von den Kommunisten sei die Herausgabe einer neuen Zeitung beabsichtigt.

Konstanz, 26. April. Der vom 17. bis 20. Mai hier stattfindende 36. Verbandstag des Badischen Gastwirtsverbands wird sich u. a. mit folgenden Anträgen zu befassen: Ein Antrag Mannheims wünscht die Errichtung von Gastwirtskammern oder Anschließung des Gastwirtsverbandes an die Handelskammern. Die Erlaubnis zum Ausschank von Brautwein soll allen Wirten ohne Ausnahme erteilt werden. Von den Wirtenvereinen Freiburg und Durlach liegen Anträge vor gegen die Restkonzessionierung von Konbitoreikaffees und sogenannter Spanischer Weinhalten. Ein Antrag Bruchsal verlangt, daß die Genehmigung von Tanzveranstaltungen für ganz Baden einheitlich geregelt werde.

Hauptlehrer Wilhelm Kirchgässner konnte gestern sein 40jähriges Jubiläum als Lehrer in Konstanz feiern.

Am 7., 8. und 9. Mai findet hier eine Zusammenkunft der ehemaligen 114er statt. Anmeldungen sind an Dr. Gnan in Konstanz, Obermarkt 1, zu richten.

Bermischtes.

Automobilunfall. Auf der Straße zwischen Wöhrbrotts und Hergah im Allgäu stürzte ein aus Italien kommender Kraftwagen, der in einen kleinen Graben geriet, um und begrub die drei Insassen unter sich. Alle drei wurden tot unter dem Wagen gefunden. Die Verunglückten sind der Kaufmann Ernst Mann, der Kaufmann Erich Wurms und der Brauereibesitzer K. Bremme, sämtlich aus Barmen.

Steuerhinterziehung. Gegen die Mitglieder des Vorstandes der Maschinenfabrik A. S. für Zellstoff und Papierfabrikation ist eine Untersuchung wegen Steuerhinterziehung, Bilanzverschleierung usw. eingeleitet worden. Wie die „Allgäuer Zeitung“ mitteilt, sollen im Geschäftsjahr 1920 Gewinne von rund 19 Millionen bilanzmäßig nicht ausgewiesen sein.

Einer der eifrigsten Franzosenfreunde in der Pfalz, der frühere Württembergische Konsul in Landstuhl, wurde wegen Steuerhinterziehung von 20 000 M. zu einer Geldstrafe von 400 000 M. verurteilt.

Eisenbahnräuber. Seit mehreren Monaten wurden auf der Linie Hanau-Eberbach und Hanau-Wiesbaden Eisenbahnzüge bestohlen, oder mit Schussgewalt beraubt, wobei es wiederholt zum Gebrauch der Schusswaffen kam. Die Eisenbahnkriminalpolizei hat nun 12 der Räuber dingfest gemacht und eine Anzahl Helfer, die die geraubten Waren abnahmen, verhaftet. Die Waren, deren Wert mehrere Millionen beträgt, wurden auch an Konsumvereine abgesetzt.

Das Gehalt der Lehrerinnen gekürzt. Der Anhaltische Landtag hat das Grundgehalt der weiblichen Beamten, also vornehmlich Lehrerinnen, dem Gehalt der männlichen Beamten gegenüber um 20 Prozent gekürzt.

Prinz Axel von Dänemark, ein Sohn des Prinzen Waldemar und Vetter des englischen Königs, ist bis Januar 1923 aus der dänischen Kriegsmarine beurlaubt worden, um die Führung des Handelsdampfers einer dänischen Schiffsahrtsgesellschaft zu übernehmen.

Die deutsche Einfuhr in Peru betrug im Jahr 1920 3 253 000 Tonnen mit einem Wert von 500 000 peruanischen Pfund (10 Millionen Goldmark).

Ein Gesetz gegen die unfittlichen Filme, die auch in Amerika immer mehr überhand nehmen, ist vom Senat in Washington angenommen worden. Das Gesetz belegt die Vorführung derartiger Filme in den Kinotheatern mit schweren Strafen.

Ucht Käse für eine Frau. Der Krieg ist an den innerafrikanischen Verhältnissen nicht spurlos vorübergegangen, und auch dort herrscht Teuerung in den wichtigsten Dingen. Wie Lord Dewar kürzlich in einem Vortrag mitteilte, sind die Preise für Frayen im dunklen Erdteil auf das Doppelte gestiegen. Während vor dem Krieg eine Frau vier Käse kostete, muß man jetzt acht Käse anlegen, um sich ein Chowid zu erlangen. Die Eingeborenen verkaufen daher ihre Käse nicht mehr an die Fremden, weil sie sie zu wichtigeren Dingen brauchen, es werden vielmehr nur noch Ziegen und Schafe an die Europäer abgegeben.

Rückständigste Verfolgung der Sechunde. Während des Kriegs hat sich in der Ostsee infolge der ziemlich erheblichen Einschränkung der Seefischerei neben einer bedeutenden Vermehrung der Fischbestände auch eine starke Vermehrung der Sechunde ergeben, die zum Teil durch Zuwanderung durch das Skagerrak vom Nordischen Meer aus zu erklären ist. In den letzten Jahren haben sich oft Schwärme von Sechunden an den baltischen Küsten des Ostsees, Schwedens und der skandinavischen Länder gezeigt. Vor dem Weltkrieg wurden unter diesen Ländern Vereinbarungen getroffen, nach denen für erlegte Sechunden im Interesse der Seefischerei

Fangprämien gewährt wurden. In den deutschen Ostküsten zeigten sich Sechunde vorzugsweise in der pommerischen Bucht, bei der Greifswalder Die, bei Arkona, Hela und an den Nebenrungen. Oft dringen sie auch in die großen Ströme ein. So ist vor kurzem flussaufwärts von Sietlin, bei Niederzahden, in der Oder ein 140 Pfund schwerer Sechund erlegt worden. In der Weichel kommen Sechunde vereinzelt bis in die Gegend des Deltadeglnes; auch kommen sie oft bis weit in die Fährden der Schleswig-Holsteiner Küste hinein.

Es ist verständlich, wenn sich die Seefischer da, wo der Sechund in Schwärmen auftritt und die Fischerei zerstört, feiner erwehrt. Nicht zu billigen ist es aber, wenn da, wo er nur ab und zu und in wenigen Exemplaren erscheint, wie z. B. in den Flussmündungen, jedes Tier rücksichtslos erschossen wird. Sehr. Laets v. Amerongen, der sich schon seit langer Zeit für den Naturschutz an den deutschen Küsten schriftstellerisch eingesetzt hat, verwirft mit heute noch gültigen überzeugenden Gründen die Vernichtung des Sechunds, wo er sich zeigt. Wenn ein Rückgang der Fischerei eintritt, so liegt das nicht an den Sechunden, so führte er bereits 1910 aus, denn Sechunde gab es immer schon und in früheren Zeiten weit mehr als jetzt. Trotzdem bestand schon früher ein großer Fischreichtum. Wissenschaftliche Untersuchungen haben nachgewiesen, daß der Sechund gerade so sehr Mollusken und Krebstiere liebt wie Fische. Ein Rückgang der Seefischerei hat seine Ursachen vielmehr in dem heillosen Massenfang mit Schleppnetzen. Die Robben sind im Wasser das, was auf dem Land das Kantheng ist. Wie letzteres für einen gesunden Wildstand heute allgemein als unentbehrlich erkannt wird, so ist es im Wasser genau dasselbe. Die Robben halten sich in erster Linie an kranke Fische, die ihnen nicht leicht entweichen können. Sie sind auf diese Weise eine Art Gesundheitspolizei im Wasser.

Man sollte endlich aufhören mit der rücksichtslosen Vernichtung der Sechunde, die dem Landschaftsbilde unserer Küstengewässer einen schweren Abbruch tut. Wenn es so weiter geht wie jetzt, dann wird es mit dem Sechund so kommen wie mit den vom Menschen fast ausgerotteten Walen.

lokales.

— Die badischen Gendarmen sollen künftig die gleiche Uniform tragen wie bisher die württembergischen. — Das ist wohl ein kleiner Anfang zur Verbindung der beiden Länder.

— Die Erhöhung der Kalipreise. In der letzten Sitzung des Reichskrats am 21. April wurde der Antrag des Kalisyndikats auf Erhöhung der Kalipreise für das Inland um 65, 70 und 75 Prozent für die verschiedenen Sorten mit 17 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandete diesen Beschluß mit der Begründung, daß eine Erhöhung, die über 35 Prozent hinausgehe, das öffentliche Wohl gefährde. In den nächsten 14 Tagen muß sich nun entscheiden, ob der Minister seine Beanstandung aufrecht erhält. Im anderen Falle wird die Erhöhung nach dem Antrag des Syndikats in Kraft treten.

Ausgebung der würt. Zeitungsverleger.

Die Papiertenerung, die neuerdings wieder über die deutschen Zeitungen hereingebrochen ist, beschätzte am 24. April eine aus allen Teilen Württembergs außerordentlich stark besuchte Zeitungsverleger-Versammlung in Stuttgart. Die zahlreichen Herausgeber der Zeitungen aller Parteilichungen faßten einmütig folgenden Beschluß:

Die neuerliche überaus eingetretene große Steigerung der Papierpreise trifft die Lebensfähigkeit der Zeitungen in der bedenklichsten Weise. Zur Abwehr muß auf Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise zurückgegriffen werden, weil alle anderen Mittel verjagen oder unzureichend sind und weil die durch vielerlei Anforderungen schon ohnedies schwer bedrückten Zeitungen die alle Befürchtungen übersteigenden Mehrkosten unmöglich allein zu tragen vermögen. Die Zeitungsverleger werden selbst, so weit das noch in ihren Kräften steht, große Opfer bringen, aber einen Teil der unerträglichen neuen Lasten bezuhen und Anzeigenspreisen aufzulegen müssen. Mit tiefem Bedauern stellt die Versammlung württembergischer Zeitungsverleger fest, daß die Reichsregierung, welche die Zeitungen durch von ihr veranlaßte Gesetze betr. die Anzeigenpreise und die Erhöhung der Postgebühren, der Frachten, Telephon- und Telegramm-Gebühren in einer, die Aufgaben und den Kulturwert der Presse völlig mißverkennenden Weise schon schwer geschädigt hat, auch diese offenbar schwerste Notlage, in die die Zeitungen jetzt einreten, wieder verkennt, indem sie die Maßregeln ergreift, welche die Lage weiter außerordentlich erschweren. Als eine solche tief schädigende Maßregel betrachten die württembergischen Zeitungsverleger die plötzliche, in eine Zeitweiliger Papiervertenerung und völlig ungeläuter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse fallende Aufhebung der Bewirtschaftung des Zeitungspapiers, in der lediglich ein Ausfluß der Verärgernung über die von den deutschen Zeitungsverlegern angenommene Haltung ihr gegenüber zu erblicken ist. — In der Versammlung schaffte sich die Empörung Luft, die in den Kreisen der Zeitungsverleger über die neu eingetretenen Zustände herrscht, gegen die die angestrengtesten Bemühungen um Verständigung und Hilfe vergeblich gewesen sind.

Die neue Kurtag.

Wildbad, 25. April. Unter den hiesigen Kurbeteiligten (um das häßliche und undeutsche Wort Kurinteressenten zu vermeiden) besteht eine gewisse Erregung über die Erhöhung der Kurtag. Vor dem Krieg betrug sie 12-15 M. für die ganze Kurdauer, jetzt drückt sich die entsprechende Gebühr durch eine dreistellige Zahl aus. Ein Kurtag, der 25 Tage hier weilt und die vollwertige, weiße Kurtagkarte haben will, muß dafür gerade M. 100 aufwenden. Diese Tage, die alle früheren an Höhe weit hinter sich läßt, rief zunächst eine Bestürzung unter den Kurbeteiligten hervor, wie es sich leicht vorstellen läßt. Wer aber den Tatsachen nüchtern und verständig ins Auge sieht, wird dem harten Urteil, das über die neue Preisfestsetzung allenthalben zu hören ist, mildernde Umstände vollauf zubilligen. Seit Kriegsbeginn sind alle Preise ummäßig gestiegen, Brot, Milch, Bier und Zigarren unzählige, Wein, Eier, Kleider und Schuhe um noch mehr. In der gleichen Weise sind die Ausgaben der Badeverwaltung in die Höhe gegangen. Keiner vernünftig denkender Mann kann also ob jener Steigerung der Badeverwaltung einen Vorwurf machen, zumal da sie einzig und

